

7. Januar 2008

Hilfe für Einkommensschwache und sozial Schwächere

Pröll: Wollen Schließung von Battenfeld verhindern

Niederösterreich greift auch sozial Schwächeren und Einkommensschwachen unter die Arme. Deshalb wird der Heizkostenzuschuss von 100 auf 200 Euro erhöht. Gleichzeitig unterstützt das Land die Semesterkarten der niederösterreichischen Studenten für die Wiener Linien. Darüber hinaus engagiert sich das Land im Interesse der 472 Arbeitnehmer bei der Rettung des Kottlingbrunner Unternehmens Battenfeld. Das sind konkrete Ergebnisse der zweitägigen VP-Arbeitsklausur in Poysdorf.

„Uns ist nicht nur soziale Wärme im Land wichtig, wir helfen auch der niederösterreichischen Bevölkerung damit sie es zu Hause warm hat“, sagte Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll zur Erhöhung des Heizkostenzuschusses. Der Heizkostenzuschuss ist einkommensabhängig. Für Alleinstehende gilt die Einkommensobergrenze von 747 Euro und für Ehepaare 1.120 Euro. Die Inanspruchnahme wird pro Kind um 78,79 Euro und für jeden weiteren Erwachsenen im Haushalt um 373 Euro erhöht. Anträge auf Heizkostenzuschuss können bis 30. April an das Gemeindeamt des jeweiligen Hauptwohnsitzes gestellt werden. Weiters unterstützt das Land die Semesterkarten der NÖ Studenten für die Wiener Linien mit 50 Euro.

Ein besonderes Anliegen sind dem Landeshauptmann auch die 472 Arbeitnehmer der Firma Battenfeld, ein „international anerkanntes Unternehmen mit hervorragenden Mitarbeitern“. Durch „offensichtlich fragwürdige Vorgänge durch die Eigentümer“ sei die Existenz dieses Betriebes in Gefahr gebracht worden. „Die derzeit prekäre Situation der Firma Battenfeld ist auch für viele Zulieferer existenzgefährdend“, sagte Pröll. Deshalb soll nun möglichst rasch der Finanzbedarf des Unternehmens erhoben werden. Laut Schätzungen sind bis zu 15 Millionen Euro sofort notwendig. Das Land werde deshalb gemeinsam mit den Banken Sorge tragen, dass das Geld rechtzeitig aufgebracht wird, so der Landeshauptmann. Laut Masseverwalter müssten die finanziellen Mittel bis kommenden Donnerstag verfügbar gemacht werden. Pröll kündigte auch an, die Vorgänge rund um Battenfeld strafrechtlich prüfen zu lassen.